

TOP 3.7.2 Europäischer Rat am 14./15. März 2013

1. Beschreibung der Problematik

In den letzten Monaten haben sich Arbeitslosigkeit und Armut in Europa massiv verschärft, viele EU-Staaten sind in einer sozialen Abwärtsspirale gefangen. Gleichzeitig kommt die Wirtschaft im Euro-Raum laut EU-Prognose auch 2013 nicht aus der Rezession heraus. Die Folge ist ein rascherer Anstieg der Staatsschulden – trotz oder vielmehr gerade wegen der die Binnennachfrage abwürgenden Sparprogramme. Vor diesem Hintergrund hat der Europäische Rat einmal mehr nach einer Kompromissformel für die künftige Wirtschafts- und Finanzpolitik gerungen, die Wachstumsförderung und Haushaltssanierung verbindet. Überlagert wurde das Treffen jedoch von der Verschärfung der Krise auf Zypern, das im Juni 2013 als fünftes Land der Euro-Zone in Brüssel einen Antrag auf Finanzhilfen gestellt hatte. Die Euro-Gruppe beschloss ein Hilfspaket mit womöglich weitreichenden Konsequenzen für die gesamte Euro-Zone.

2. Haushaltskonsolidierung, Wachstum und Beschäftigung

In den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates wird die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als die „größte soziale Herausforderung“ bezeichnet, vor der Europa steht. Im Kontext mit anderen programmatischen Aussagen lassen sich gewisse Ansätze einer wirtschaftspolitischen Kurskorrektur ableiten:

- Der ER hebt insbesondere die Notwendigkeit einer differenzierten wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung hervor und verweist auf die Möglichkeiten, die sich durch die geltenden Haushaltsvorschriften des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) sowie des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung (SKS-Vertrag) ergeben. Diese erlauben es den Mitgliedstaaten, bei einem schweren Konjunkturabschwung im Euro-Raum vom restriktiven Budgetkurs vorübergehend abzuweichen bzw die Staatsausgaben zu erhöhen, wenn diese Erhöhung durch einnahmenseitige Maßnahmen in gleicher Höhe ausgeglichen wird.
- Gefordert wird eine geeignete Kombination von Maßnahmen auf der Ausgaben- und der Einnahmenseite, einschließlich kurzfristiger gezielter Maßnahmen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung, insbesondere für junge Menschen.
- Im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung soll gewährleistet sein, dass jeder seinen Anteil an Steuern entrichtet (in einer früheren Fassung hieß es noch, dass die Unternehmen ihren fairen Anteil an den Steuern zahlen). Daher muss die Effizienz der Steuererhebung und zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung verbessert werden.
- Im Rahmen des Pakts für Wachstum und Beschäftigung soll insbesondere das Potenzial einer „grünen“ Wirtschaft für die Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit genutzt werden.
- Der Förderung der Jugendbeschäftigung muss Vorrang eingeräumt werden und es ist unbedingt notwendig, die „sozialen Auswirkungen der Krise einzudämmen und gegen Armut und soziale Ausgrenzung vorzugehen“.

Erneut hebt der Europäische Rat den Binnenmarkt als einen der „Hauptmotoren von Wachstum und Beschäftigung“ hervor. Im Zusammenhang mit der Verringerung des Regelungsaufwands für KMUs wird die Notwendigkeit eines angemessenen Verbraucher- und Arbeitnehmerschutzes betont. Festgeschrieben wird, dass sich der ER in den kommenden Monaten schwerpunktmäßig mit folgenden für die Wettbewerbsfähigkeit entscheidenden binnenmarktrelevanten Themen befassen wird: Energie

(Mai 2013), Innovation (Oktober 2013), digitale Agenda und andere Dienstleistungen (Oktober 2013), Verteidigung (Dezember 2013), Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und Industriepolitik (Juni 2013, Februar 2014).

3. Vertiefung der WWU

Bis zum Europäischen Rat am 27./28. Juni 2013 soll es konkrete Ergebnisse ua zur sozialen Dimension der WWU, aber auch zur Schaffung von Pakten für Wettbewerbsfähigkeit geben, die seitens der AK immer klar und scharf abgelehnt worden sind. Der Europäische Rat hält fest, dass jeder weitere Schritt in Richtung verstärkter wirtschaftspolitischer Steuerung mit verstärkter Legitimität und Rechenschaftspflicht einhergehen muss. Die Durchbrechung des „Teufelskreises zwischen Banken und Staaten“ wird als von „ausschlaggebender Bedeutung“ bezeichnet. Noch im ersten Halbjahr 2013 sollen die notwendigen Schritte zur direkten Rekapitalisierung der Banken durch den ESM abgeschlossen sein und eine Einigung über die Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Banken sowie die Richtlinie über die Einlagensicherung erzielt werden.

4. Organisation des Euro-Gipfels

Teil der institutionellen Vertiefung der WWU ist die Einrichtung eines Euro-Zonen-Gipfels, der bis 30. November 2014 vom Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, geleitet wird und mindestens zweimal jährlich im Anschluss an die Tagungen des Europäischen Rates stattfinden soll. Zukünftig wird der Präsident des Euro-Gipfels von den Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone mit einfacher Mehrheit zu dem gleichen Zeitpunkt ernannt, zu dem der Europäische Rat seinen Präsidenten wählt. Der Europäische Rat einigte sich nunmehr auf die konkreten Regeln für die Organisation dieser Euro-Gipfeltreffen.

5. Tabubruch Zypern

Für aufmerksame Beobachter nicht unerwartet, hat die Euro-Gruppe einen Hilfskredit aus Mitteln des Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) in der Höhe von 10 Mrd Euro zur Rekapitalisierung von Banken und zur Finanzierung des Staatshaushalts beschlossen. Das entspricht rund 60% der jährlichen Wirtschaftsleistung des Landes. Erstmals sollen sich auch Bankkunden auf Zypern direkt an der Finanzierung beteiligen: Bei Einlagen unter 100.000 Euro wird ein Einmalbetrag von 6,75% fällig, bei höheren Beträgen sind es 9,9%. Damit sollen insgesamt 5,8 Mrd Euro in den zyprischen Staatshaushalt fließen. Um einer vorzeitigen Abhebung der Bankguthaben zuvorzukommen, bleiben die Banken einige Tage geschlossen. Von zahlreichen Ökonomen (ua Stephan Schulmeister, Peter Bofinger) wird diese Vorgangsweise als „gefährlicher Tabubruch“ bezeichnet, der die Glaubwürdigkeit in das Euro-System erschüttern und zu Panikreaktionen der Sparer in anderen Euro-Krisenländern führen könnte. Dieser Plan löste umgehend und mit Recht massive Proteste nicht nur in Zypern aus, in deren Folge die Banken auf Zypern fast zwei Wochen geschlossen waren. Das zyprische Parlament lehnte den Plan ebenfalls ab. Es kam zu hektischen Nachverhandlungen mit dem Ergebnis, dass Sparguthaben bis 100.000 Euro unangetastet bleiben, auf Vermögen von mehr als 100.000 Euro aber nunmehr ein Abschlag zwischen 30 und 40% fällig wird. Eine der beiden Großbanken wird komplett abgewickelt und der Finanzsektor des Landes insgesamt verkleinert. Um einen massiven Transfer der Vermögen zu verhindern, wurden erstmals in der Geschichte der EU Kapitalverkehrskontrollen gegen Kapitalflucht eingeführt.

6. Bewertung

Angesichts der Tatsache, dass der EU ein weiteres Krisenjahr bevorsteht und auch EU-Kommissar Andor vor einer „sozialen Abwärtsspirale“ warnt, sind die angedeuteten finanzpolitischen Lockerungen bei weitem nicht ausreichend und strenggenommen bleibt der bisherige verfehlte Kurs unverändert. Aber im Vergleich zu früheren Schlussfolgerungen signalisieren die aktuellen zumindest eine wachsende Bereitschaft der Staats- und Regierungschefs, die Sinnhaftigkeit des aktuellen Austeritätskurses angesichts dessen Erfolglosigkeit zu hinterfragen. Die EU-Jugendbeschäftigungsgarantie ist wichtig, zu kritisieren ist jedoch die geringe Mittelausstattung. Zudem können Mitgliedstaaten erst bei einer Jugendarbeitslosigkeit von über 25% mit finanzieller Unterstützung seitens der EU rechnen. Das ist eindeutig zu hoch und sollte auf 10-15% gesenkt werden.

Mit der direkten Beteiligung der wohlhabenden Sparer am Hilfspaket für Zypern wurde ein Rubikon überschritten, dessen Auswirkungen noch unabsehbar sind. Positiv ist der Grundgedanke, dass nicht nur die EU-Steuerzahler für die Hilfe garantieren, sondern auch Vermögende auf Zypern einen Beitrag leisten sollen (insbesondere auch ausländische Konteninhaber). Damit wird erstmals auf höchster europäischer Ebene indirekt bestätigt, dass sich an der Bewältigung der Kosten der Krise auch die Vermögenden beteiligen müssen. Dieser Grundsatz muss jedoch auf die gesamte Europäische Union im Sinne koordinierter und markanter Steuererhöhungen auf Vermögen, Spitzeneinkommen und den Finanzsektor erweitert werden. Das schafft gleichzeitig auch Budgetspielraum für aktive Wirtschafts- und Sozialpolitik. Negativ ist die demokratiepolitisch bedenkliche Vorgangsweise, die die Glaubwürdigkeit der EU weiter untergräbt. Auch darf das System der Einlagensicherung nicht in Frage gestellt werden.